



Kantonaler Mittelschullehrerinnen- und Mittelschullehrer-Verband St. Gallen

Jahresbericht 2013 der Präsidentin

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Beim Jahresbericht eines Vereins oder Verbandes soll die Verbandsleitung Rechenschaft über ihre Arbeit ablegen, es geht uns aber auch darum, dass die Mitglieder, Einblick erhalten in die Vorstandsarbeit.

Das ganze Jahr über nimmt der KMV seine Aufgabe als Ansprechpartner des BLD wahr. Bei zwei Aussprachen mit dem Bildungschef im Jahr stellen wir Fragen und vertreten unsere Anliegen. Auch zum Amt für Mittelschulen halten wir guten Kontakt. Der KMV gibt zu bei Vernehmlassungen Stellungnahmen ab, dieses Jahr z.B. zur Vernehmlassung zum neuen SEM-Konzept und der zweisprachigen Maturität. Wir pflegen den Kontakt mit Partnerorganisationen innerhalb und ausserhalb des Kantons, z.B. KLV, VPOD oder VSG, wir tauschen Information und Erfahrungen aus und sprechen uns ab wo es sinnvoll und nötig ist. Über den KMV-Vorstand gelingt uns auch zu wichtigen Themen der Informationsaustausch zwischen den einzelnen Schulen.

Revision der Pensionskasse

Ein grosses Thema im vergangenen Verbandsjahr war die Revision der Pensionskasse. Viel Arbeit wurde hier geleistet im Hintergrund innerhalb der PVK (Personalverbändekonferenz), der auch der KMV angehört. Im Juni gelangte das Pensionskassengesetz schliesslich zur Abstimmung und wurde vom Volk angenommen. Vorausgegangen sind dem immer wieder Diskussionen mit Experten, Beratungen der Personalverbände und Verhandlungen mit der Regierung - viele Versuche, gegenüber dem vorgelegten Entwurf der Regierung und den ersten Beschlüssen im Kantonsrat noch Verbesserungen auszuhandeln. Teilweise ist uns dies gelungen, teilweise nicht. Einmal haben wir Sie in einem Infoblatt über den Prozess informiert. Die PVK ist nicht zufrieden mit dem Ergebnis, aber erleichtert, dass es nicht noch schlimmer gekommen ist.

Im Juli wurde von der PVK bestimmt, wer das Personal im neuen paritätisch besetzten Stiftungsrat vertreten wird. Wir denken, wir haben ein gutes Gremium zusammengestellt. Ich bin kein Experte in der Sache, aber ich habe verstanden, dass der Stiftungsrat einige Grundsatzentscheide fällen muss, die für die Versicherten durchaus bedeutsam sein werden. Am 1. Januar 2014 soll die neue Kasse sich konstituieren und die Arbeit aufnehmen. Erst dann steht auch der Deckungsgrad bzw. die Deckungslücke fest, und daraus wird errechnet, wie viele Millionen Franken zur Ausfinanzierung der Pensionskasse nötig sind. Ein Viertel der Sanierungskosten wird der Beitrag der Versicherten dazu sein, maximal aber 75 Millionen Franken.

Kundgebung des Staatspersonals im November 2012

Das Verbandsjahr 2012/13 war wie schon das vorangegangene geprägt durch Finanzlöcher im Kantonshaushalt, daraus resultierenden Abbaumassnahmen und durch Bemühungen, Verschlechterungen der Anstellungsbedingungen nach Möglichkeit abzuwenden. Ein deutlich sichtbares Zeichen dafür war die Kundgebung des Staatspersonals vom 15. November 2012 gegen eine vorgeschlagene pauschale Lohnkürzung von 1.5%. Der KMV war mit im Organisationskomitee dieser erfolgreichen Veranstaltung und ich konnte unsere Sache in einer kurzen Rede an der Demo vertreten. Eine Kundgebung zu organisieren bedeutet viel Arbeit, an dem Abend selbst, aber auch im Vorfeld mit der gesamten Planung, der Pressearbeit und begleitenden Veranstaltungen wie z.B. einem Gespräch mit Fraktionspräsidenten. Es gehört für uns alle nicht zum Alltagsgeschäft, Kundgebungen zu organisieren und in Demonstrationen durch die Stadt zu marschieren, aber wir haben eindrücklich klar gemacht, dass wir es bei Bedarf durchaus fertig bringen. Allen, die an dem Tag in St. Gallen waren noch einmal ein herzliches Dankeschön, auch denjenigen, die sich als Helferinnen und Helfer zur Verfügung gestellt haben.

Umsetzung Sparpaket II

Im vergangenen Verbandsjahr hatten wir Mittelschullehrerinnen und Mittelschullehrer es mit zwei Sparpaketen zu tun: Vom Sparpaket II hat uns noch die Umsetzung beschäftigt. Wir erinnern uns, der Kantonsrat hatte beschlossen, dass drei Pflichtlektionen zu streichen seien, ohne dass bestimmt war, welche Fächer es betreffen sollte. So wurde dieser Entscheid erst nach Beschluss der Massnahme getroffen und war naturgemäss nicht unumstritten.

Die Fachgruppen Gestalten und Musik haben sich in der Vernehmlassung erfolgreich gegen Kürzungen in Ihren Fächern gewehrt. Wir vom KMV haben eine entsprechende Petition unterstützt. Auch auf die Kürzung einer Lektion Deutsch im Gymnasium wurde vom Erziehungsrat schliesslich auf den grossen Protest hin verzichtet. Andere, ebenfalls schmerzliche Streichungen konnten man nicht verhindern, drei Lektionen mussten irgendwie gestrichen werden.

Eine zweite Massnahme aus diesem Sparpaket, das Referatesystem, lässt noch an allen Schulen die Köpfe rauchen. Kurz gesagt sollen die Schüler gleich viel Schule haben, aber mit weniger Einsatz von Lehrpersonen. Sie wissen selbst, wie schwierig sich die Umsetzung gestaltet. Klar ist nur, 400000 CHF sollen am Ende jedes Jahr eingespart werden. Ich würde gerne wissen, was die Arbeit an der Durchführung am Ende gekostet haben wird, aber wer beziffert die vielen Stunden, die die Rektorate, die Fachgruppen, die wir alle am Ende über dieser Sache gebrütet haben? Wie viel Aufwand bringt es künftig für Stundenplaner und Hausdienst, für die Schulleitungen und uns alle jedes Jahr mit sich? Wie viel schlechter werden die Stundenpläne am Ende sein?

Pädagogisch betrachtet wagen wir ein Grosseperiment mit noch unbekanntem Ausgang. Die geplante Probephase wird es wahrscheinlich nicht gegeben haben, wenn die Sache im kommenden Schuljahr „scharf“ eingeführt wird. Ich bin ganz und gar nicht dagegen, dass man in Schulen Experimente wagt. Mir wäre es einfach viel lieber, das Ausprobieren einer Sache vor die Einführung zu stellen und nicht umgekehrt.

Entlastungspaket 2013

Das dritte Sparpaket in Folge hiess nicht mehr Sparpaket, sondern wurde Entlastungspaket genannt. Wieder sollten die Mittelschulen betroffen sein. Man wusste lange, dass die Regierung zusammen mit Vertretern des Kantonsrats wieder Sparmassnahmen im Umfang von mindestens 150 Millionen Franken ausarbeitet. Ein gut gehütetes Geheimnis war, welche es sein würden. Sie wissen heute, dass in der Sondersession zum Entlastungspaket im Juni die Zukunft der WMS/WMI und eine Erhöhung des Pflichtpensums für uns Mittelschullehrerinnen und –lehrer zur Debatte stand.

Die Schliessung von zwei WMS-Standorten in Heerbrugg und Wattwil konnten wir nicht verhindern, wohl aber die drohende gänzliche Abschaffung der Wirtschaftsmittelschule, wie sie ein Jahr vorher noch diskutiert worden war. Ohne den erbitterten Widerstand gegen diese Massnahme und den vehementen Einsatz für die WMS/WMI wäre es wahrscheinlich viel schlimmer ausgegangen. Die Kanti am Brühl und die Initianten des Unterstützungskomitees „Pro Wirtschaftsmittelschule“ haben hier ausgezeichnete Arbeit geleistet, auf die wir vom KMV uns bei unserem Einsatz stützen und berufen konnten.

Mit grosser Erleichterung haben wir vernommen, dass der Antrag der SVP auf Erhöhung unseres Pflichtpensums im Kantonsrat abgelehnt worden ist. Schon länger gab es Gerüchte, dass das neue Entlastungspaket allenfalls eine Pensenerhöhung enthalten könnte. Es war auch bekannt, dass die Berufsschullehrer immer mehr auf eine Angleichung der Pensen drängen. Konkret war allerdings nichts. Wir mussten trotzdem aktiv werden und haben z.B. früh begonnen, selbst einmal die laufenden Rechnungen des Kantons zu studieren, allerlei Bildungszahlen auszugraben und sie in Graphiken und Tabellen zu formen. Wir wollten zeigen, dass es nicht an den Mittelschulen liegen kann, einen weiteren Sparbeitrag zu leisten. Sie konnten diese Zahlen und Graphiken in einem KMV-Infoblatt lesen, und wir haben sie auch den Kantonsparlamentariern bekannt gemacht.

Als dann das Entlastungspaket von der Regierung veröffentlicht wurde, fand sich die befürchtete Erhöhung des Pflichtpensums unter den Ersatzmassnahmen (s. Anhang 1). Wir hatten beim Sparpaket II gelernt, dass Ersatzmassnahmen, durchaus „befördert“ und beschlossen werden können. An Tag zwei der Debatte lag dann tatsächlich am Morgen ein Antrag auf eine Erhöhung des Pflichtpensums vor (s. Anhang 2).

In persönlichen Gesprächen und Emails im Vorfeld und noch während der Sondersession ist es uns gelungen, unseren Argumenten gegen diesen Antrag Gehör zu verschaffen.

Politiker fast aller Parteien, namentlich Arno Noger (FDP), Diego Forrer und Peter Boppart (CVP), Maria Huber, Joe Walser und Peter Hartmann (SP) sowie Richard Ammann (BDP) sind ans Rednerpult getreten und haben sich für uns eingesetzt. Auch unser Bildungschef, Regierungsrat Kölliker hat sich gegen die Massnahme ausgesprochen. Letztlich wurde der Antrag mit 35 Ja zu 71 Nein Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. Geholfen hat vielleicht auch, dass wir ganz kurzfristig noch Lehrerinnen und Lehrer und auch einige Schulleitungsmitglieder mobilisieren konnten, auf die Zuschauertribüne in den Kantonsrat zu gehen. Die Präsenz wurde durchaus wahrgenommen, und die Anwesenden konnten auch vor Ort noch einmal mit den Parlamentariern reden. Wir haben so ein Zeichen gesetzt, dass uns die Mittelschulen wichtig sind, und nicht zuletzt verschafft es unserem Verband auch Respekt, wenn uns schnelle Reaktionen auf veränderte Situationen gelingen.


Für mich war die Angelegenheit ein ziemlicher Krimi. Ich habe gesehen, wie wichtig die gute Zusammenarbeit mit den Kantonspolitikern und Bildungsverantwortlichen ist. Es ist wichtig, dass wir als anständige, respektable und ehrliche Partner wahrgenommen werden, und ich glaube, daran haben wir in den letzten Jahren recht erfolgreich gearbeitet. Es gilt, gut informiert zu sein, sich rechtzeitig und mit fundierten Argumenten zu Wort zu melden, Handlungsmöglichkeiten auszuloten, den eigenen Standpunkt zu entwickeln. Sie bemerken von diesen Arbeiten wenig, aber sie machen in den letzten Monaten einen Grossteil unserer Arbeit aus. Wir haben in Bezug auf die drohende Erhöhung der Pflichtstundenzahl Manches sehr gut gemacht, wir haben aber auch Glück gehabt. Die Pensenerhöhung ist – vorerst – vom Tisch.

Ausblick

Mit Pensen und der damit zusammenhängenden Arbeit hat auch der Berufsauftrag zu tun. Ende August hat die Projektgruppe zur Überarbeitung unseres Berufsauftrags ihre Arbeit aufgenommen. 2009 eingeführt, stand er nach drei Jahren zur Evaluation an, ausserdem sollten die Berufsaufträge von Berufsschulen und Volksschulen neu gestaltet werden. Das Ziel des BLD ist es jetzt, die drei Berufsaufträge in der grundsätzlichen Struktur zu vereinheitlichen, wobei unserer mit einer Jahresarbeitszeit und seiner Einteilung in Kernauftrag und erweiterter Auftrag schon in etwa dem angestrebten Modell entspricht. Jetzt geht es um die Detailarbeit unter der absoluten Vorgabe „Kostenneutralität“. Noch wissen wir nicht, wohin das Schiff segeln wird, wir haben erst begonnen. Aber gleichzeitig steht fest, dass relativ wenig Zeit für das Geschäft vorhanden ist, etwa im November soll der neue Berufsauftrag stehen. Ein leichtes Unbehagen zu der Sache bin ich noch nicht losgeworden. Wir kennen Schwachstellen unserer Arbeit, werden aber kaum Gelegenheit oder Mittel haben, diese zu beheben. Es wird, so ist zu befürchten, auf eine Art „Pinselformation“ hinauslaufen. Unerwartet und unangenehm beschäftigen uns in dem Zusammenhang auch noch die zweiwöchigen Weihnachtsferien, wenn es dazu etwas zu berichten geben sollte, wird das allerdings im nächsten Jahresbericht der Fall sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es wird langsam schwierig, bei all den Sparmassnahmen noch den Überblick zu behalten und sich zu erinnern, was eigentlich wann gekürzt und weggestrichen wurde und wann welche Massnahme wirksam wird usw. Wenn ich damit als Mittelschullehrerin schon in meinem kleinen Gebiet Mühe habe, wie muss es dann erst einem Kantonsparlamentarier ergehen, der jeweils stundenlang über ganz viele Spargeschäfte abstimmen muss und das nun schon drei Jahre nacheinander. Sparmassnahmen und Kürzungen in unserem Bereich werden oft erst mit erheblicher zeitlicher Verzögerung wirksam. Sparen im Bildungsbereich ist nicht so, als ob ein Gärtner aufhört zu giessen, es ist mehr so, als ob er den Dünger weglässt. Ich hoffe sehr, dass das dauernde Drehen an den Sparknöpfen endlich ein Ende hat, und wir uns wieder mit anderen Fragen zu den Mittelschulen und zur Bildung beschäftigen dürfen. Ich bin sicher, der Stoff wird uns nicht ausgehen.

St. Gallen, September 2013
Die Präsidentin



Nr.	Bildungsdepartement, LB 4.06 (Mittelschulen)
EM5	Erhöhung des Pflichtpensums für Mittelschullehrpersonen

Beschreibung der Massnahme:

Erhöhung des Pflichtpensums der Mittelschullehrpersonen um eine Lektion.

	2014	2015	2016
Veränderung des Nettoaufwands (in 1'000 Fr.)	-800	-2'000	-2'000
- für Abnahme / + für Zunahme			

Gesetzesanpassung

Nein

Begründung für die Nichtaufnahme ins Entlastungspaket 2013:

Von einer Erhöhung des Pflichtpensums für Mittelschullehrpersonen um eine Lektion wird aus folgenden Gründen abgesehen:

1. Das Pflichtpensum für Mittelschullehrkräfte liegt heute in wissenschaftlichen Fächern bei 23 Jahreswochenlektionen. In einzelnen Fächerbereichen liegt es höher (Gestalten/Musik 25, Sport 27, Instrumentalunterricht 28 Lektionen). 23 Lektionen entsprechen heute dem schweizerischen "Standard". In allen an St.Gallen angrenzenden Kantonen liegt das Pflichtpensum bei 23 Lektionen, im Fürstentum Liechtenstein bei 22. Lediglich in den Kantonen Fribourg, Zug und Schaffhausen liegt das Pflichtpensum bereits heute bei 24 Lektionen. Angesichts dieser Ausgangslage würde eine Anhebung des Pflichtpensums zu einer spürbaren Verschlechterung der Anstellungsbedingungen für die Lehrpersonen und einem Attraktivitätsverlust der St.Gallischen Mittelschulen als Arbeitgeber führen. In der Folge sind Schwierigkeiten in der Rekrutierung guter Lehrpersonen absehbar. Bereits heute sind in verschiedenen Fächern (namentlich Französisch, Mathematik, Physik, Latein) gut qualifizierte Lehrpersonen nur schwer zu finden. Sie können daher in der Regel zwischen mehreren Angeboten auswählen.

2. Was die teilweise ins Feld geführte Angleichung der Anstellungsbedingungen an den Mittel- und den Berufsfachschulen angeht, so ist festzuhalten, dass eine entsprechende Klage von Lehrpersonen der kaufmännischen Berufsmaturität vom Verwaltungsgericht am 13. März 2008 abgewiesen wurde (Urteil vom 13. März 2008 des Verwaltungsgerichts des Kantons St.Gallen betreffend Lohngleichheit im öffentlichen Dienstverhältnis [K2007/4]). Das Verwaltungsgericht erkannte in seinem Urteil, dass ein ungleiches Pflichtpensum von Lehrpersonen an Mittel- und Berufsfachschulen sachlich zu rechtfertigen ist.

Derzeit wird im Rahmen eines Projektes zu den Berufsaufträgen beider Schultypen geprüft, wie die Anstellungsbedingungen an den Mittel- und Berufsfachschulen einander angeglichen werden können. Eine Erhöhung des Pflichtpensums für Mittelschullehrpersonen losgelöst von dieser umfassenden Überprüfung zu beschliessen, ist nicht zielführend.

Kantonsratsbeschluss über das Entlastungsprogramm 2013

Antrag vom 24. Juni 2013

SVP-Fraktion (Sprecher: Thoma-Andwil)

Abschnitt I:

Nr.	Massnahme			
E29ter (neu)	<u>Bildungsdepartement, LB 4.06 (Mittelschulen)</u> <u>Erhöhung Pflichtpensum Mittelschullehrpersonen</u>			
Beschreibung der Massnahme				
<u>Erhöhung des Pflichtpensums der Mittelschullehrpersonen um eine Lektion</u>				
		2014	2015	2016
Veränderung des Nettoaufwands (in Fr. 1'000.–)		-800	-2'000	-2'000
- für Abnahme / + für Zunahme				
Gesetzesanpassung				
Nein				

Begründung:

Die Erhöhung des Pflichtpensums der Mittelschullehrpersonen auf 24 Lektionen ist vertretbar, umso mehr als es heute Fachbereiche gibt, die ein noch höheres Pensum haben. Gleichzeitig wird dadurch eine Angleichung der Anstellungsbedingungen an jene der Lehrpersonen der Berufsfachschulen erreicht.

(vgl. Ersatzmassnahme 5, Seite 54)

Quelle: <https://www.ratsinfo.sg.ch/content/ris/tools/topnav/kantonsrat.geschaeftdetail.html?geschaeftid=AF1B1D56-14A0-4A60-B6BA-E4BF042DF30C&ziel=1>